

## Antrag

### der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### **Den Weg für Investition und Innovation durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse frei machen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bürokratische Hemmnisse und Überregulierungen sind ein wesentlicher Hemmschuh für Investitionen und Innovationen. Ein Übermaß an Bürokratie beeinträchtigt die Freiheit und die Möglichkeiten wirtschaftlicher und bürgerlicher Entfaltung.

Politische und rechtliche Rahmenbedingungen, die Unternehmen Freiraum für Investitionen und Innovationen bieten, sind Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie ein notwendiger Beitrag für die nachhaltige Sicherung und Funktionsfähigkeit des Sozialsystems. Bürokratieabbau setzt bisher gebundene Ressourcen für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland frei. Zukunftsfähige Politik muss daher die Weichen für weniger Bürokratie und mehr unternehmerische Freiheit stellen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung Bürokratieabbau zu einem Schwerpunkt der Legislaturperiode gemacht und durch die Kabinettsbeschlüsse vom 26. Februar und 9. Juli 2003 bereits wichtige Meilensteine auf dem Weg zu weniger Bürokratie und mehr unternehmerischer Freiheit gesetzt hat. Ziel der Initiative Bürokratieabbau ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und die spürbare Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern von unnötigen Verwaltungspflichten. Mit ihrer neuen strategischen Ausrichtung setzt die Bundesregierung folgerichtig die Schwerpunkte des Bürokratieabbaus auf die fünf für die sozio-ökonomische Reformpolitik Deutschlands bedeutendsten Handlungsfelder: Arbeitsmarkt und Selbstständigkeit, Wirtschaft und Mittelstand, Forschung, Technologie und Innovation, Zivilgesellschaft und Ehrenamt sowie Dienstleistungen und Bürgerservice. Damit hat sich die gesamte Bundesregierung auf einen gemeinschaftlich-integrierten Reformansatz verpflichtet, der sich deutlich von bisherigen Anstrengungen zum Bürokratieabbau unterscheidet. Statt auf administrative Instrumente zu setzen, die nach den bisherigen Erfahrungen nur bedingt geeignet sind, Bürokratie zu vermeiden und abzubauen, werden ergebnisorientiert Hemmnisse abgebaut und Ressourcen konzentriert. Vier im Wesentlichen oder vollständig umgesetzte Projekte, wie z. B. die Reduzierung der statistischen Belastungen der Wirtschaft und elf Projekte in der parlamentarischen Beratung – u. a. die Modernisierung der Arbeitsstättenverordnung – sind Zeugnis des entschlossenen Reformwillens der Bundesregierung und zeigen erste Erfolge der Initiative Bürokratieabbau. Von großer Bedeutung für den Abbau von Bürokratie und den Wirtschaftsstandort Deutschland sind auch die von der Bundesregierung außer-

halb der Initiative auf den Weg gebrachten Maßnahmen, wie etwa die durchgreifende Modernisierung des Arbeitsmarktes und die Offensive für den Mittelstand.

Der Deutsche Bundestag begrüßt ferner die Initiative „Innovationsregionen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung durch Bürokratieabbau und Deregulierung“, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung eingeleitet hat und zz. mit drei Testregionen weiter vorbereitet. Diese Initiative eröffnet die Chance, ergänzend zu den Vorhaben zum Bürokratieabbau Handlungsfelder zu ermitteln, auf denen zeitlich-räumlich befristete Ausnahmen von gesetzlichen Regelungen daraufhin überprüft werden, ob und inwieweit sie zusätzliche Effekte zur Stärkung von Investitionen und zu Schaffung von Arbeitsplätzen erzeugen. Nach Auswertung der Erfahrungen ist zu entscheiden, ob die Vorschriften abzuschaffen, zu ändern oder beizubehalten sind.

Der Deutsche Bundestag würdigt die bereits getätigten Anstrengungen der Bundesregierung zur Reform der sozialen Sicherungssysteme und zur Stärkung der Wirtschaft im Rahmen der Agenda 2010. Mit der Initiative Bürokratieabbau sorgt die Bundesregierung dafür, dass bürokratische Fesseln und Hemmnisse für Reformen beseitigt werden.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung auf dem eingeschlagenen Weg und fordert sie auf, diesen Weg konsequent weiterzuverfolgen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Bürokratieabbau und die Vereinfachung, Modernisierung und Weiterentwicklung von bestehenden rechtlichen Regelungen weiter zügig voranzutreiben,
- für eine nachhaltige Reform- und Innovationspolitik in Deutschland weitere Instrumente und Maßnahmen zum strukturellen Abbau bürokratischer Belastungen zu entwickeln und zu ergreifen,
- weiterhin bürokratische Hemmnisse für Arbeitsmarkt und Selbstständigkeit zu identifizieren und zu beseitigen, damit wieder mehr bestehende Arbeitsplätze gesichert, neue Arbeitsplätze geschaffen und Existenzgründungen erleichtert werden,
- Wirtschaft und Mittelstand nachdrücklich von überflüssigen Verwaltungslasten zu befreien, um den Mittelstand als Motor für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland zu stärken,
- noch intensiver für eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen von Forschung, Technologie und Innovation durch innovationsfreundliche Gestaltung ihrer rechtlichen Voraussetzungen sowie den Abbau bürokratischer Auflagen einzusetzen, damit Deutschland als Land ohne nennenswerte Rohstoffe seine internationale Wettbewerbsfähigkeit auch zukünftig auf hohem Niveau ausbauen kann,
- bürokratische Hindernisse bei der Stärkung von Zivilgesellschaft und Ehrenamt zu beseitigen,
- das Leitbild einer an Dienstleistungen und Bürgerservice orientierten, effektiven und effizienten öffentlichen Verwaltung weiter konsequent umzusetzen, um Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen als „Verwaltungskunden“ schnell, kostengünstig und unbürokratisch zu bedienen und die Transparenz von Verwaltungshandeln weiter zu erhöhen,
- durch Nutzung moderner Informationstechnologie die Vereinfachung von administrativen Geschäftsprozessen und Verwaltungshandeln voranzutreiben und Deutschland damit eine Vorreiterposition in der weltweiten Infor-

mationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu sichern; hierzu ist ein modernes Informationsfreiheitsgesetz anzustreben,

- die Modernisierung der Bundesverwaltung, die Initiative Bürokratieabbau, eGovernment und „Deutschland Online“ in den umfassenden Reformansatz „Agenda 2010“ zu integrieren.

Berlin, den 15. Oktober 2003

**Franz Müntefering und Fraktion**

**Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion**

